

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
13.05.2015
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen
Vorlage: 15/SVV/0043
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - neue Fassung vom 27.04.2015
 - 3.2 Potsdam Museum
Vorlage: 15/SVV/0233
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Äa Bürgerbündnis-FDP
 - 3.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Pro Potsdam
Vorlage: 15/SVV/0268

Fraktion DIE LINKE
Gynäkologische Abteilung Bad Belzig
Vorlage: 15/SVV/0271
Fraktion DIE aNDERE
 - 3.5 Aktivierung der Servicestelle "Tolerantes und sicheres Potsdam"
Vorlage: 15/SVV/0288
Fraktion CDU/ANW
 - 3.6 Transparenz der Verwaltung - Information der Bürgerinnen und Bürger und
Stadtverordneten
Vorlage: 15/SVV/0289
Fraktion CDU/ANW
 - 3.7 Förderung des Sinfonieorchesters Collegium musicum e.V.
Vorlage: 15/SVV/0300
Fraktion DIE LINKE
 - 3.8 Finanzierung ÖPNV-Infrastrukturpaket für die Erweiterung/Anpassung der
Verkehrsinfrastruktur an die Anforderungen der wachsenden Stadt
Vorlage: 15/SVV/0302
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
 - 3.9 Fremdsprachliche Begriffe und Abkürzungsvariationen in Dokumenten
vermeiden
Vorlage: 15/SVV/0312
Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler

- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Garagenstandortkonzept
Vorlage: 15/SVV/0306
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.2 Gewerbeflächensicherungskonzept - Jahresbilanz 2014/2015
Vorlage: 15/SVV/0330
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 4.3 Anpassung der Aufsichtsratsvergütung in städtischen Unternehmen
Vorlage: 15/SVV/0196
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 4.4 Investitionsplanung der EWP Sparte Wasser für das Jahr 2015
Vorlage: 15/SVV/0379
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4.5 Standortfrage Flüchtlingsunterkünfte
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.05.2015

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 17 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister folgende Änderungen vor:

- Die Tagesordnungspunkte **3.1.** - Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen - und **3.2.** - Potsdam Museum - sind wegen fehlender Voten der Fachausschüsse zurückzustellen.
- Der Tagesordnungspunkt **3.5.** - Aktivierung der Servicestelle "Tolerantes und

sicheres Potsdam" - ist ebenfalls zurückzustellen und soll in der Hauptausschusssitzung am 10. Juni 2015 mit dem Bericht „Polizeiliche Kriminalstatistik“ behandelt werden.

- Der Tagesordnungspunkt **3.7** - Förderung des Sinfonieorchesters Collegium musicum e.V. - hat sich durch Verwaltungshandeln erledigt, was auch seitens der Antragstellerin bestätigt wird. Der Oberbürgermeister bestätigt, dass ab Juni die für das Collegium musicum benötigten Mittel ausgezahlt werden könne.
- Im Weiteren soll die Tagesordnung um folgende Punkte ergänzt werden:
 - Verständigung zur Einwohnerfragestunde,
 - Information zum Sachstand Mietverträge Neues Atelierhaus/ Panzerhalle Groß Glienicke und
 - Information zu den Sanierungsarbeiten am Helmholtzgymnasium unter dem Tagesordnungspunkt „**Sonstiges**“
- Gegen den vorliegenden Antrag auf Rederecht für Herrn Norbert Mensch zum Tagesordnungspunkt 3.9 - Fremdsprachliche Begriffe und Abkürzungsvariationen in Dokumenten vermeiden - erhebt sich kein Widerspruch
- Herr Dr. Scharfenberg bittet um eine Verständigung zur Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses mit dem Kreisausschuss Potsdam-Mittelmark
und
- Herr Linke beantragt, den Tagesordnungspunkt **3.4** - Gynäkologische Abteilung Bad Belzig, DS 15/SVV/0271 - ebenfalls zurückzustellen, da das Klinikum Brandenburg jetzt ein Personalkonzept vorgelegt habe, welches derzeit vom Ministerium geprüft werde. Darüber hinaus, so der Oberbürgermeister, haben sowohl der Landrat als auch die Vertreter der Klinik Brandenburg und die des Ministeriums ihre Teilnahme abgesagt. Die Verständigung zwischen den Fachleuten in der nächsten Woche sollte abgewartet und der Antrag danach beraten werden.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 17. Sitzung des Hauptausschusses vom 13.05.2015 gibt es keine Einwände; die Niederschrift wird mit 14 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- zu 3.1 Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen**
Vorlage: 15/SVV/0043
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - neue Fassung vom 27.04.2015

zurückgestellt

zu 3.2 Potsdam Museum

Vorlage: 15/SVV/0233
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Äa Bürgerbündnis-FDP

zurückgestellt

zu 3.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Pro Potsdam

Vorlage: 15/SVV/0268

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein und verweist auf die im Zusammenhang mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Pro Potsdam geführte Diskussion. Er bringt eine Ergänzung des vorliegenden Antrags ein, um diese Regelung auch für den Gesellschaftsvertrag des Klinikums „Ernst von Bergmann“ durchsetzen zu können:

Ergänzungsantrag Fraktion DIE LINKE:

Der Gesellschaftsvertrag der Klinikum Ernst von Bergmann Potsdam gGmbH vom 12.05.2009, zuletzt geändert am 17.09.2014, wird folgendermaßen geändert:

§ 7 Abs. 1 Buchstabe q erhält folgende Fassung:

Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer/innen sowie Abschluss, Änderung, Aufhebung und Kündigung der Anstellungsverträge der Geschäftsführer/innen, nach vorheriger Empfehlung durch den Aufsichtsrat.

Frau Hartmann, Bereichsleiterin Teilnehmendenmanagement, empfiehlt den Antrag abzulehnen und verweist auf den in 2013 durch die SVV beschlossenen Mustergesellschaftsvertrag und die auf dessen Basis beschlossenen Gesellschaftsverträge der Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH und ProPotsdam GmbH, bei denen die Zuständigkeit zu Geschäftsführerangelegenheiten bei der Gesellschafterversammlung liege. Die Stadtverordnetenversammlung könne ihren Einfluss gegenüber den Gesellschaftern geltend machen, nicht aber gegenüber den Aufsichtsräten.

Um den Einfluss der Stadtverordnetenversammlung bzw. des Hauptausschusses auf die Verfahren zur Bestellung von Geschäftsführern sowie zum Abschluss von Anstellungsverträgen mit diesen sicherzustellen, wurde die Richtlinie Geschäftsführer in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02.05.2012 (DS-Nr.: 12/SVV/0228) „Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung an der Auswahl der Geschäftsführer in städtischen Beteiligungen“ beschlossen. Diese ermöglicht den Stadtverordneten Einfluss auf Geschäftsführerangelegenheiten zu nehmen.

Frau Dr. Schröter führt aus, dass die Muster kein Dogma seien und kein Zwang, die Gesellschaftsverträge genau so ausgestalten zu müssen.

Auf die Nachfrage von Herrn Kirsch nach dem Mehrwert einer Änderung im Sinne dieses Antrags, führt Frau Hartmann aus, dass die Verwaltung darin keinen Vorteil sehe, da bereits durch die Richtlinie Geschäftsführer der Einfluss der Stadtverordneten, und nicht nur der jeweiligen Aufsichtsräte, gegeben sei.

Herr Dr. Scharfenberg meint, es mache Sinn, dass der Aufsichtsrat Empfehlungen an die Gesellschafterversammlung gebe, denn der Aufsichtsrat diene der Kontrolle der Geschäftsführung. Die Funktion des Hauptausschusses

habe er erst vor kurzem erleben dürfen und mahne deshalb zur Vorsicht bei der Änderung von Anstellungsverträgen; von dieser Änderung profitiere die Stadtverordnetenversammlung insgesamt. Herr Linke spricht sich für den vorliegenden Antrag aus; Herr Heuer meint, dass sei keine strategische Richtungsentscheidung und ändere nichts an den Entscheidungskompetenzen. Ebenso zieht Herr Finken den Mehrwert einer Änderung in Zweifel und sieht wie Herr Schüler keinen Vorteil darin, wenn der Aufsichtsrat Empfehlungen gebe.

Herr Dr. Scharfenberg ist der Meinung, dass der Aufsichtsrat die Möglichkeit bekommen soll, sich mit dem Thema zu befassen und eine Empfehlung auszusprechen, bevor der Gesellschafter eine Entscheidung fällt; jetzt sei der Aufsichtsrat nicht mehr in diese Entscheidungen einbezogen.

Der Oberbürgermeister stellt den von der Fraktion DIE LINKE ergänzten Antrag zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Der Gesellschaftsvertrag der Pro Potsdam GmbH vom 02.12.2005, zuletzt geändert am 17.09.2014, wird folgendermaßen geändert:
§ 7 Abs. 1 Buchstabe q erhält folgende Fassung:
Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer/innen sowie Abschluss, Änderung, Aufhebung und Kündigung der Anstellungsverträge der Geschäftsführer/innen, nach vorheriger Empfehlung durch den Aufsichtsrat.
2. **Der Gesellschaftsvertrag der Klinikum Ernst von Bergmann Potsdam gGmbH vom 12.05.2009, zuletzt geändert am 17.09.2014, wird folgendermaßen geändert:**
§ 7 Abs. 1 Buchstabe q erhält folgende Fassung:
Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer/innen sowie Abschluss, Änderung, Aufhebung und Kündigung der Anstellungsverträge der Geschäftsführer/innen, nach vorheriger Empfehlung durch den Aufsichtsrat.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|---|
| Zustimmung: | 7 |
| Ablehnung: | 3 |
| Stimmhaltung: | 6 |

zu 3.4 Gynäkologische Abteilung Bad Belzig

Vorlage: 15/SVV/0271

Fraktion DIE aNDERE

zurückgestellt

zu 3.5 Aktivierung der Servicestelle "Tolerantes und sicheres Potsdam"

Vorlage: 15/SVV/0288

Fraktion CDU/ANW

zurückgestellt

zu 3.6 Transparenz der Verwaltung - Information der Bürgerinnen und Bürger und Stadtverordneten
Vorlage: 15/SVV/0289
Fraktion CDU/ANW

Herr Finken bringt den Antrag ein. Anschließend betont Herr Schulz, Bereich Presse, dass der sogenannte Redaktionskalender jeweils freitags für die Medien erstellt werde und dies deshalb, weil er eine entsprechende Aktualität benötige. Trotzdem bedarf es Änderungen und Aktualisierungen - bei einem noch längeren Vorlauf büße der Redaktionskalender an Aktualität ein. Bei Veranstaltungen gebe es einen längeren Vorlauf wegen bestehender Fristen oder der zu versendenden Einladungen.

Herr Dr. Scharfenberg begrüßt den vorliegenden Antrag, da so zu erfahren sei, was die Verwaltung „vorhabe“ und wo sie „Schwerpunkte“ setze. Er meine, die Vorlauffrist sollte sogar auf 4 Wochen erweitert werden; eine Aktualisierung erfolge dann so oder so. Er unterstütze den Antrag ausdrücklich, da somit auch Informationsdefizite ausgeglichen werden können.

Ebenso spricht sich Herr Kirsch für den Antrag aus; eine Vorschau schade nicht und sichere umso mehr eine Teilnahme. Herr Linke spricht sich für Termine mindestens eine Woche im Voraus aus und Frau Dr. Müller meint, dass der Redaktionskalender das Eine sei, um die Fraktionen darüber zu informieren wo Kontakt mit der Presse aufgenommen werde. Das Andere sei, Termine anders aufzubereiten und zu kommunizieren und das lese sie als Anliegen aus dem vorliegenden Antrag ab.

Herr Schulz führt aus, dass der Redaktionskalender ein Service für die Presse sei. Einen Veranstaltungskalender könne man sicher auch machen, wobei zu berücksichtigen sei, dass Einladende auch Partner seien, die ihre Veranstaltungen auch selber ankündigen wollen.

Herr Dr. Schharfenberg sieht in dem Auftrag eine neue Herausforderung für das Team des Pressebereichs, eine Gesamtübersicht zu erstellen – dabei sollten Aktualisierungen in Kauf genommen werden.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für eine größere Transparenz der Verwaltung, die Termine für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit einem Vorlauf von 14 Tagen in geeigneter Weise zu veröffentlichen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----------|
| Zustimmung: | 9 |
| Ablehnung: | 2 |

zu 3.7 Förderung des Sinfonieorchesters Collegium musicum e.V.
Vorlage: 15/SVV/0300
Fraktion DIE LINKE

durch Verwaltungshandeln erledigt

zu 3.8 Finanzierung ÖPNV-Infrastrukturpaket für die Erweiterung/Anpassung der

Verkehrsinfrastruktur an die Anforderungen der wachsenden Stadt

Vorlage: 15/SVV/0302

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Ausschuss für Finanzen und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr haben die Vorlage zur Annahme empfohlen. Da kein Redebedarf besteht, wird diese zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Vierte Änderungsvereinbarung zum Verkehrsleistungs- und -finanzierungsvertrag zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH (Anlage 1)
2. Ergänzung der Vereinbarung zur Bereitstellung der finanziellen Mittel zur Finanzierung der übrigen ÖPNV-Leistungen der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH in Potsdam für die Jahre 2010 bis 2019 zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der Stadtwerke Potsdam GmbH (Anlage 2).
3. Vereinbarung über die Gewährung eines Investitionskostenzuschusses zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der Stadtwerke Potsdam GmbH sowie der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH (Anlage 3).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 3.9 Fremdsprachliche Begriffe und Abkürzungsvariationen in Dokumenten vermeiden

Vorlage: 15/SVV/0312

Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler

Herr Mensch bringt den Antrag im Rahmen seines Rederechts ein.

Herr Heuer führt aus, dass der Antrag grundsätzlich zu unterstützen sei; ihn störe jedoch die Formulierung „fremdsprachliche Begriffe“ – eine Sprache ohne diese zweifle er an.

Frau Dr. Schröter befürwortet ebenfalls eine Beschlussfassung, hegt aber Zweifel an der Umsetzung. Sprache sei wie ein „lebender Organismus“ und unterliege vielen Einflüssen. Sie spricht sich dafür aus, den 2. Satz des Antrages zu streichen.

Frau Dr. Müller sieht nicht nur ein Fremdsprachenproblem, oft stolpere der Bürger auch über Verklausulierungen und verwendete Fachtermini. Sie schlägt vor, den 1. Satz des Antrages zu ändern und die Vorgabe für alle Schriftstücke der Verwaltung entsprechend Teilhabeplan umzusetzen.

Herr Kirsch erklärt, dass bereits Anfang des Jahres im Rahmen der Beantwortung der Anfrage 15/SVV/0075 durch den Oberbürgermeister zugesagt wurde, nicht allgemeinverständliche Abkürzungen zu vermeiden bzw. alle Abkürzungen mindestens einmal auszuschreiben.

Im Ergebnis der Diskussion schlägt Herr Finken folgenden geänderten Beschlusstext vor, der anschließend zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss beschließt:

Anträge, Prüfaufträge, Anfragen, Berichte, Mitteilungen usw. sind in verständlicher Sprache zu verfassen. Auf fremdsprachliche, nicht allgemein bekannte Begriffe sowie Abkürzungsvariationen ist möglichst zu verzichten. Abkürzungen, wie beispielsweise KIS, sind zu Beginn einmal auszusprechen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei 3 Gegenstimmen
und einigen Stimmenenthaltungen.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Garagenstandortkonzept

Vorlage: 15/SVV/0306

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Dr. Scharfenberg bedankt sich für die informative Mitteilungsvorlage und betont, dass der weitere Umgang mit den Garagenstandorten nach 2019 im Blick behalten werden muss. Im Weiteren sollte für die Zukunft festgeschrieben werden, welche Flächen zur Entlastung der Parkplatzproblematik vorgehalten werden sollen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Gewerbeflächensicherungskonzept - Jahresbilanz 2014/2015

Vorlage: 15/SVV/0330

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs, Bereichsleiter Wirtschaftsförderung, erläutert die vorliegende Mitteilungsvorlage und betont, dass die Nachfrage nach Gewerbeflächen mit insgesamt ca. 40 ha konstant hoch geblieben sei, wobei eine deutliche Tendenz nach Flächen im Potsdamer Norden erkennbar ist. Das Angebot an nachfragegerechten, kurzfristig verfügbaren und aktivierbaren Gewerbeflächen umfasse dagegen lediglich 9,8 ha. Die Inanspruchnahme von Flächen für eine gewerbliche Nutzung sei mit 5,4 ha deutlich hinter der Entwicklung des Vorjahres zurückgeblieben. Besondere Angebotslücken würden bei Flächen für höherwertiges Gewerbe bestehen; hier könne aufgrund des fehlenden Flächenangebots die bestehende Nachfrage nicht in konkrete Ansiedlungen und Betriebserweiterung umgewandelt werden.

Er erläutert im Weiteren die Bilanz der Flächennachfrage, des Flächenangebots sowie die Aktivierungshemmnisse. So wurden 2014/15 1,1 ha P 20-Flächen für Wohnen umgenutzt und es bestehe ein anhaltendes Investoreninteresse zur Umnutzung von gewerblichen Bauflächen zugunsten von Wohnungsbau oder anderer Nutzungen (Einzelhandel u. ä.). Hinzu kommen die anhaltende und zunehmende Notwendigkeit der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Durch die Novellierung des BauGB werde die Unterbringung in Gewerbegebieten erleichtert, wobei aber auch ein standortbezogen Schutz der Belange der ansässigen Unternehmen notwendig sei.

Als Handlungsschwerpunkte benennt er die Sicherung vorhandener Gewerbeflächenpotenziale, die Steigerung und Verbesserung des Flächenangebots durch offensive Beseitigung von Aktivierungshemmnissen und die Schaffung von Mietflächenangeboten. Dazu werden fachbereichsübergreifend, ggf. mit Unterstützung von Experten, standortbezogen Handlungsoptionen untersucht und bewertet sowie Vorschläge für erforderliche Maßnahmen und deren Umsetzung erarbeitet.

Im Anschluss beantwortet er die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder, so von Herrn Heinzl zur Entwicklung eines Gewerbegebietes im Potsdamer Norden und von Herrn Dr. Scharfenberg zum SAGO-Gelände und zum Kirchsteigfeld.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Anpassung der Aufsichtsratsvergütung in städtischen Unternehmen

Vorlage: 15/SVV/0196

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Oberbürgermeister verweist auf die erbetene Verständigung der Fraktionsvorsitzenden zu dieser Mitteilungsvorlage und fragt, ob diese stattgefunden hat und mit welchem Ergebnis.

Herr Finken entgegnet, dass es eine Verständigung gegeben habe, an der aber nicht alle Fraktionsvorsitzenden teilgenommen hätten. Er betont, dass es eine entsprechende Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung gebe und er keine Gegenargumente vernommen habe, die einer Umsetzung entgegenstehen.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass nicht in einem Zuge um 500 % erhöht werden solle, sondern in einem angemessenen Rahmen, z. B. von 100,00 Euro auf 200,00 Euro.

Herr Schüler verweist auf den gefassten Beschluss, der einerseits die Satzung und andererseits die Richtlinie für Aufsichtsratsvergütungen enthalte.

Herr Linke merkt an, dass auch die Vergütungsrichtlinie kein Dogma und die beschlossene Erhöhung der Vergütung für Auszubildende am Klinikum „Ernst von Bergmann“ bis heute nicht umgesetzt sei. Die hier geplanten Erhöhungen der Aufsichtsratsvergütungen seien moralisch nicht zu vertreten.

Nach einem weiteren kontroversen Meinungsaustausch stellt der Oberbürgermeister fest, dass es ein unterschiedliches Meinungsbild zu diesem Sachverhalt gibt und betont, dass die Arbeit in den Aufsichtsräten kein Ehrenamt sei. Darüber hinaus sei externer Sachverstand in den Aufsichtsräten gewollt und dieser müsse auch entsprechend vergütet werden.

Er werde das jetzt so umsetzen, wie in der Mitteilungsvorlage angekündigt; wem das nicht gefalle, der müsse dies über einen entsprechenden Antrag in der Stadtverordnetenversammlung ändern.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.4 Investitionsplanung der EWP Sparte Wasser für das Jahr 2015

Vorlage: 15/SVV/0379

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Der Oberbürgermeister erläutert, dass es sich hierbei um eine Mitteilung handelt,

die jährlich vorgelegt wird und betont, dass die Investitionen keine Auswirkungen auf die Wasserpreise haben werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Kirsch, was unter der „Wasserstrategie 2030“ zu verstehen sei, entgegnet er, dass hierunter Maßnahmen fallen, mit Hilfe derer man den Ansprüchen wachsender Bevölkerungszahlen gerecht werden könne. Diese sei im Hauptausschuss bereits vorgestellt worden, könne aber durch die EWP nochmals zu Verfügung gestellt werden.

Herr Linke hinterfragt, ob die im Investitionsplan dafür aufgezeigten 4,8 Millionen Euro Planungsmittel seien oder für die gesamten Maßnahmen gelten. Diese Mittel dienen lediglich für die Planungen, so der Oberbürgermeister.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.5 Standortfrage Flüchtlingsunterkünfte

Frau Müller-Preinesberger erläutert den aktuellen Sachstand zum Thema Unterbringung von Asylantragstellern in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP).

Aktuell sei von der derzeitigen Aufnahmequote für 2015 mit 980 Menschen bereits ein Anteil von 324 Menschen mit Stand 27.5.2015 realisiert, d.h. 656 Menschen müssen in den verbleibenden Monaten des Jahres 2015 noch aufgenommen werden.

Berücksichtige man die hinzukommenden Platzkapazitäten für Groß Glienicke von 100, der Einrichtung an den Kopfweiden von weiteren 100 Plätzen und der in den unterschiedlichen Einrichtungen vereinbarten 75 Notunterkunftsplätzen, reduziere sich diese Zahl auf insgesamt 275.

Sollte die LHP diese Platzkontingente nicht schaffen, drohe die Unterbringung in Turnhallen bzw. Ersatzvornahmen seitens des Landes Brandenburg.

Um diese Folgen zu vermeiden, seien der Jury „Asyl“ am 20.5.2015 folgende zu prüfende Objekte/Maßnahmen von der Verwaltung vorgeschlagen worden:

1. Die Stiftung Großes Waisenhaus habe aufgrund des von der LHP geschalteten Inserates ihr Interesse bekundet, an der Dortu-/Ecke Spornstraße im Rahmen eines zu errichtenden Neubaus Flüchtlingsunterkünfte zu schaffen (Fertigstellung aber sicher nicht vor Ende 2016). Die Verwaltung schlägt konkretisierende Gespräche vor.
2. Wegen der Dringlichkeit der zu schaffenden Plätze (das Land rechnet die Jahresquote auf monatlich zu realisierende Aufnahmen um) solle die Möglichkeit der Aufstellung eines weiteren Moduls auf dem Lerchensteig mit insgesamt 24 Plätzen genutzt werden.
3. Das der Verwaltung in der Berliner Straße/Ecke Behlerstraße zur Anmietung vorgeschlagene Objekt solle hinsichtlich des Abschlusses eines Mietvertrages verhandelt werden (ca. 50 Plätze).
4. Für das Objekt am Lehnitzsee solle ein unabhängiges Drittgutachten zur Frage der gesundheitsschädlichen Belastung des Objektes eingeholt werden. Erst bei Vorliegen dieses Gutachtens solle es weitergehende Vorschläge dazu geben.

5. Die Pro Potsdam habe der Verwaltung die Anmietung von ca. 40 Wohnungen, dezentral, angeboten (bei einer rechnerischen durchschnittlichen Belegung mit 3 Personen entspräche die Nutzung einer Platzkapazität von ca. 120 Menschen).

Die Jury stimmte allen Vorschlägen zu.

Unter Berücksichtigung der freiwilligen Ausreisen der auch im Restjahr 2015 noch in Wohnungen zu vermittelnden Menschen sei davon auszugehen, dass die LHP ihrer Aufnahmepflicht im Jahr 2015 entsprechen könne. Allerdings sei eine sehr engmaschige Steuerung durch die Verwaltung erforderlich.

Um perspektivisch für das Jahr 2016 gerüstet zu sein und nicht ständig neue Unterkünfte zu schaffen, müssen vorhandene Plätze in den Gemeinschaftsunterkünften (GU) möglichst freigezogen werden. Da der Abschluss von eigenen Mietverträgen von Flüchtlingen gerade auch bei privaten Vermietern wegen des oftmals kurzen Aufenthaltszeitraumes (Duldungen werden in der Regel immer halbjährlich ausgesprochen) schwierig ist, wird die Verwaltung bis zu 300 Wohnungen anmieten, die dann per Zuweisung den Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden können. Bei einer durchschnittlichen Belegung von 3 Personen könnten so insgesamt 900 Plätze in den GU's freigezogen werden.

Darüber hinaus schlage die Verwaltung mit Zustimmung der Jury vor, bei einem zukünftigen Verkauf von Garagenstandorten zur Errichtung von Wohnungsneubau eine Zweckbindung von bis zu 40 % der Wohnungen für Flüchtlinge aufzunehmen. Das erfolgreiche Modell Grotrianstraße (Neubau mit der Durchmischung der Mieterschaft) soll hier beispielgebend sein; auch hinsichtlich der Miethöhe, die sich auf unter 10 € beläuft.

Frau Müller-Preinesberger berichtet weiter, dass derzeit 5 Erwachsene (Rollstuhlfahrer), 2 auf einen Rollator angewiesene ältere Menschen und 3 behinderte Kinder in den GU's leben.

Derzeit leben 96 Kinder in der Altersgruppe 0 - 6 Jahre, 74 Kinder in der Altersgruppe 7 - 12 Jahre und 26 in der Altersgruppe 13 – 18 Jahre in der Stadt.

zu 5 Sonstiges

Information zum Sachstand Mietverträge Neues Atelierhaus/Panzerhalle Groß Glienicke

Herr Richter informiert darüber, dass Änderungskündigungen bereits im Oktober 2014 ausgesprochen worden seien und in zahlreichen Einzelgesprächen neue Konditionen ausgehandelt wurden; neue Mietverträge seien teilweise unterschrieben.

Die Anpassung der Mietverträge für die Mietflächen im Gebäude 5 betreffen aber auch die freien Künstler und hier gestalten sich die Verhandlungen schwieriger. Deshalb werde es in der nächsten Woche erneut einen Termin geben und er gehe davon aus, dass auch hier demnächst neue Mietverträge abgeschlossen werden können.

Frau Dr. Schröter fragt nach, wie mit Härtefällen umgegangen werde, da an sie der Unmut über die Mieterhöhung herangetragen wurde.

Herr Richter entgegnet, dass der aktuelle Bruttowert bei 5,00 € pro m² warm liege und damit absolut keinen sehr hohen Mietpreis darstelle. Auf Nachfrage von Herrn Anger nach der prozentualen Steigerung der Mieten, entgegnet er, dass der Mietpreis von 3,00 € pro m² warm auf die genannten 5,00 € pro m² warm erhöht wurde.

Herr Finken schlägt vor, die Ateliers zu teilen und damit die Mieten für die einzelnen Künstler zu minimieren. Das, so Herr Richter, sei schwierig, da die Zuschnitte der Ateliers sehr unterschiedlich seien - von ca. 10 bis 40 m².

Information zu den Sanierungsarbeiten am Helmholtzgynasium

Herr Richter informiert, dass bei der Sanierung des Hauptgebäudes kurz vor der Fertigstellung Schadstoffe im Bereich der Aula gefunden worden seien. Dabei handele es sich um ein zu DDR-Zeiten verwendetes gesundheitsgefährdendes Holzschutzmittel. In der Folge habe der Kommunale Immobilienservice ein Gutachten in Auftrag gegeben und lasse ein Sanierungskonzept erstellen. Schon jetzt sei davon auszugehen, dass sich der Bauabschluss verzögere – derzeit gehe er von 6 Wochen aus.

Demzufolge könne das Schulgebäude nicht wie geplant zum Schuljahresbeginn übergeben werden und bleiben die bisherigen Provisorien bestehen.

Als weitere Konsequenz müsse die Containeranlage weiter verwendet und könne nicht nach Bornim transportiert werden. Mit Unternehmen seien bereits Verhandlungen geführt worden, um Ersatz zu beschaffen.

Des Weiteren sei eine Anwaltskanzlei beauftragt, um gegenüber beteiligten Dritten Schadensersatzansprüche geltend zu machen.

Herr Linke verweist auf weitere in diesem Zusammenhang bestehende Probleme, wie unter anderem die Brandschutzanlage im Klassenhaus. Auch hier, so Herr Richter, sei eine Anwaltskanzlei mit der Prüfung beauftragt.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob eine Beschleunigung der Sanierung möglich sei und Herr Finken erkundigt sich nach den zusätzlichen Kosten. Darauf antwortet Herr Richter, dass es Mehrkosten geben werde; er sei optimistisch, dass diese nicht durch die Landeshauptstadt Potsdam getragen werden müssen.

Verständigung zur Einwohnerfragestunde

Der Oberbürgermeister informiert, dass die Fragen zur Rosa-Luxemburg-Schule zusammengefasst und gemeinsam durch den Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport beantwortet werden.

Alle anderen Fragen werden ebenfalls durch die verantwortlichen Geschäftsbereiche beantwortet, davon ausgenommen sei die Frage 30/4, da es sich hier um nicht öffentliche Angelegenheiten handele.

Verständigung zur Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Kreisausschusses Potsdam Mittelmark

Herr Kümmel informiert, dass sich der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 04.06.2015 endgültig dazu verständigen werde. Auf Nachfrage bei den Fraktionen decken sich aber die Themen bislang mit denen, die die Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen habe, wie die Themenkomplex:

- Verkehr, Gesundheitsvorsorge, Schulen
- Wirtschaftsförderung, Bio-Abfall, Willkommenskultur
- Zusammenarbeit Potsdam/Potsdam-Mittelmark
- im Zusammenhang mit der angekündigten Verwaltungsreform

regelmäßige Beratungen der Ausschüsse.
Da es sich um sehr umfassende Themen handele, seien diese unter dem zeitlichen Gesichtspunkt nochmals zu strukturieren.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, sich in der Hauptausschusssitzung am 10. Juni 2015 erneut darüber zu verständigen.

Herr Linke fragt nach, ob im Zuge der Kommunalreform mit weiteren freiwilligen Anschlüssen bislang selbständiger Gemeinden zu rechnen sei. Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass es eine einjährige Diskussionsphase gebe und alle offenen Fragen hoffentlich ergebnisorientiert diskutiert werden.